



Eberhard Gienger: Berlin Aktuell

Liebe Leserinnen und Leser,

vielleicht ist es Ihnen am heutigen Montag auch schwerer gefallen aufzustehen. Der Grund dafür könnte die Zeitumstellung sein. Der Anpassungsprozess an die Zeitumstellung bereitet manchen Menschen gesundheitliche Probleme. Im Nachgang der Ölkrise wurde in vielen europäischen Ländern die Sommerzeit eingeführt, um Energie einzusparen und die längere Tageshelligkeit am Abend nutzen zu können. In der derzeit gültigen Richtlinie 2000/84/EG zur Regelung der Sommerzeit ist die Anwendung der Sommerzeit für alle Mitgliedstaaten verbindlich und auf unbegrenzte Dauer festgeschrieben.

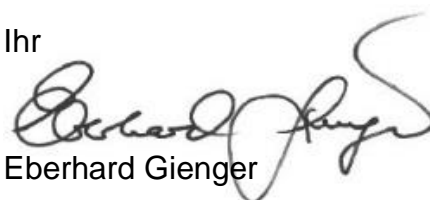
Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages hat das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) im letzten Jahr mit der Durchführung eines Projekts mit dem Titel „Bilanz der Sommerzeit“ beauftragt. Der Abschlussbericht hält einige interessante Fakten fest. Energieeinsparungen sind laut diesem Bericht, wenn überhaupt, nur minimal

nachweisbar, ein gesamtwirtschaftlicher Nutzen ist nicht nachzuweisen. Der Anpassungsprozess kann aber bei Menschen zu Schlafstörungen führen, die sich unmittelbar auf das Herz-Kreislaufsystem auswirken können. Seit 2007 wurde keine offizielle Bewertung der Auswirkungen der Zeitumstellung durch die EU-Kommission mehr vorgenommen.

Ich unterstütze ausdrücklich die Forderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Zeitumstellung abzuschaffen und gleichzeitig eine Neuregelung für ein weiterhin dauerhaftes und einheitliches Zeitregime in Europa zu treffen.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Woche und eine schnelle Anpassung an die Sommerzeit!

Ihr



Eberhard Gienger

Mehr Geld für Rentner

Rund 21 Millionen Rentner in Deutschland erhalten vom 1. Juli an mehr Geld. In Westdeutschland soll die Rente nach aktuellen Berichten um 1,9 Prozent und im Osten um 3,6 Prozent steigen. Es sind die guten Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt und die gute wirtschaftliche Situation, die diese Anhebungen ermöglichen. „Wichtig ist jetzt aber, dass wir nun weitere Schritte für eine zukunftsfeste Rente behutsam angehen. Dabei dürfen wir das System nicht mit zu hohen Wahlversprechen überfordern. Die Aussichten für die nächsten Jahre sind durchaus gut. Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung dürften die Renten auch in den folgenden Jahren deutlich zulegen.“

100.000 zusätzliche Kita-Plätze für Kinder bis zum Grundschulalter geplant

Am vergangenen Donnerstag debattierte der Deutsche Bundestag in 1. Lesung einen Gesetzentwurf zum weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung. Der Bund wird weitere 1,126 Milliarden Euro für den Kita-Ausbau zur Verfügung stellen. Wie wichtig der Gesetzentwurf ist, zeigt ein Blick in die Städte und Gemeinden. Vielerorts mangelt es an freien Plätzen. Besonders wichtig ist für die Union, dass der Bund mit diesem Maßnahmenpaket in Höhe von 1,126 Milliarden Euro für 100.000 weitere Betreuungsplätze nicht nur Kita-Plätze für Kinder unter drei Jahren fördert, sondern für Kinder bis zum Schuleintrittsalter. Der Ausbau der Kinderbetreuung ist für uns eine Aufgabe von großer gesellschaftlicher Bedeutung. Er ist ein Beitrag zur

Chancengerechtigkeit. Auch Kinder aus bildungsfernen Familien bekommen durch die Kita Zugang zu Angeboten der frühkindlichen Bildung. Sie werden zum Beispiel in ihrer sprachlichen Entwicklung, in ihrer Kreativität und in ihrem Sozialverhalten gefördert. Das steigende Angebot an Kindertageseinrichtungen erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und kommt damit den Wünschen vieler Familien entgegen. Mit Blick auf die Bedürfnisse von Familien ist eine Kontinuität in den Betreuungsangeboten über das Kindergartenalter hinaus sehr wichtig - hier gilt es, das Augenmerk darauf zu richten.

Güterzüge werden leiser

Die Anhörung des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestags am letzten Mittwoch bestätigte den Entwurf eines Schienenlärmschutzgesetzes zur Senkung von Lärm durch laute Güterzüge. Die Experten-Anhörung hat es bestätigt: Das von Verkehrsminister Dobrindt vorgelegte Schienenlärmschutzgesetz wird den Lärm durch Güterzüge deutlich senken. Ab dem Fahrplanwechsel im Dezember 2020 wird ein Schallemissionswert festgelegt, den nur leise Güterwagen einhalten können bzw. laute Güterwagen nur dann, wenn sie mit deutlich reduzierter Geschwindigkeit fahren. Damit wird es wesentlich leiser auf den deutschen Schienenwegen. Für viele Betroffene wird das eine spürbare Entlastung bringen, gerade auch im Wahlkreis Neckar-Zaber. Wir werden das Schienenlärmschutzgesetz jetzt schnell verabschieden und damit den Lärmschutz für die Bürgerinnen und Bürger stärken.